



Friedrich Haag

Wohnungsbaupolitischer Sprecher
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

**anlässlich der Aktuellen Debatte
„Wohnraum schaffen – bezahlbar, nachhaltig innovativ“
am 2. Februar 2022
im Landtag von Baden-Württemberg**

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Woche hat die Landesregierung stolz das neue Wohnbauförderprogramm in der Regierungspressekonferenz vorgestellt. Sozialer Wohnungsbau ist ein wichtiger Baustein, auf das große Ganze betrachtet aber doch eher ein kleiner Teil in der Wohnungspolitik.

Dieses Verhältnis zeigt sich im Bestand von Ende 2020: 54.000 Sozialwohnungen kommen auf über 5 Millionen „normale Wohnungen“.

Wir brauchen eine Landeswohnraumpolitik, die nicht nur Teilbereiche in den Blick nimmt, sondern den ganzen Wohnungsmarkt! Auch der Handwerker und die Erzieherin müssen sich Wohnraum leisten können, ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein.

Wie sieht es also mit der Wohnungspolitik fürs Land aus? Dazu ist vom neuen Ministerium bis jetzt nichts zu hören. Da stellt sich die Frage: Wozu braucht es ein neues Ministerium, wenn es bis jetzt nichts auf den Weg gebracht hat. Es ist schon beinahe lachhaft, dass sich die Landesregierung für 60 durch Prämien wiedervermietete Wohnungen feiert, von denen man nicht weiß, ob sie nicht ohnehin vermietet worden wären.

Deutlich effektiver wäre es gewesen, wenn das Land seine eigenen 279 Wohnungen, die aktuell leer stehen, endlich sanieren würde. Wir brauchen kein Wohnbaumministerium! Aber Sie brauchen Handwerker, die erstmal Ihre eigenen Wohnungen auf Vordermann bringen!

Es geht sogar so weit, dass das Staatsministerium den Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ ins Leben rufen muss. Ein Armutszeugnis für die Ministerin und der Beweis dafür, wie überflüssig dieses Ministerium ist.

Wir haben in der 17. Legislaturperiode bislang auch kaum über das wichtige Thema Wohnbaupolitik debattiert. Bedauerlich! Seit Mai letzten Jahres hätten Sie genug

Landtagsbüro
Haus des Landtags

 Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
 0711 2063 9240
 0711 2063 149240

 friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
 www.friedrich-haag.de
 /haagfdp
 /haagfdp

Wahlkreisbüro
Stuttgart

 Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
 0711 9459 1111

Gelegenheiten gehabt. Das kann bei einem so wichtigen Thema nicht sein und zeigt den Mangel an getaner Arbeit und dabei hilft auch kein Ministerium, wie wir sehen.

Fragen Sie doch mal die Bauherren, ob ihnen das Bauen ausreichend erleichtert wurde in den letzten Jahren. Die Antwort wird immer „Nein“ sein. Verschenden Sie also nicht weiter Geld mit der Einführung von Prämien, die nicht mal ansatzweise Auswirkungen auf die Mietpreise haben können, und sorgen Sie dafür, dass das Bauen von Miets- und Eigentumswohnungen im Niedrig- bis Mittelpreisniveau im großen Stil möglich und attraktiv wird. Vor allem in den Ballungsgebieten.

Während Sie mit sich selbst und Ihrem Ministerium beschäftigt sind, steigen die Mieten nämlich weiter an und tausende Bürgerinnen und Bürger finden keinen für sie angemessen und bezahlbaren Wohnraum.

Sie sollten sich nicht weiter im „Klein-Klein“ verfangen, sondern endlich mit mutigen Schritten den Wohnungsbau vorantreiben.

Dass das Bauen und damit auch das Wohnen immer teurer werden, liegt am akuten Fachkräftemangel, an steigenden Materialkosten, neuen Klimaschutzauflagen und dem Flächenmangel. Zusätzlich erweisen sich die überverhältnismäßigen Auflagen und Normen als Kostentreiber.

Was ist also zu tun? Wir brauchen eine Offensive, um Normen zu vereinfachen, Auflagen zu reduzieren und Bürokratie zu entschlacken. Frau Ministerin, ich fordere Sie auf, die Landesbauordnung zu entrümpeln. Jede Regelung, die vereinfacht wird oder rausfliegt, ist eine gute Regelung.

Wir brauchen mehr Digitalisierung und schnellere Genehmigungsverfahren. Das Land muss in die Umstellung der Prozesse investieren und endlich das Bauen der Zukunft ermöglichen. Der Ideenreichtum unserer Ingenieure war schon immer die Stärke von Baden-Württemberg. Lassen Sie uns also Innovation und neue Technologie ermöglichen und unterstützen, um durch Technologieoffenheit die Probleme unserer Zeit effektiv zu bekämpfen.

Außerdem müssen wir etwas gegen den Fachkräftemangel tun: Mehr Förderungen im sozialen Wohnungsbau, weniger Normen und mehr Digitalisierung bringen nichts, wenn am Ende die Hände fehlen, die mauern, das Dach decken und die Wand streichen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und die Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften sind Erfolgsfaktoren für unsere Zukunft.

Wir müssen mehr Flächen aktivieren und bestehende Bauflächen effizienter nutzen. Den steigenden Bodenpreisen treten wir nur mit einer Erhöhung des Angebots entgegen.

Es liegt zudem ein riesiges Potenzial in der Nachverdichtung, was es zu nutzen gilt - ganz ohne neuen Flächenverbrauch. Trotzdem werden wir um die Erschließung neuer Flächen nicht herumkommen, wenn wir wirklich effektive Politik für den Wohnungsbau machen wollen.

Desweiteren können wir nicht erwarten, dass Unternehmen in Wohnraum investieren, wenn ihnen ständig nur Steine in den Weg gelegt werden. Also weg mit der Umwandlungsverordnung, weg mit dem Zweckentfremdungsverbot und weg mit der Mietpreisregelung!

Diese Instrumente schrecken gleichzeitig Investoren ab und verschrecken private Vermieter – und ich rede nicht von Vonovia und Co., sondern vom Hausbesitzer, der seine Einliegerwohnung vermietet, oder einem Angestellten, der in eine Wohnung als Altersvorsorge investiert hat. Diese Eigentümer ersticken an Auflagen und Bürokratie und werden daran gehindert, weiter aktiv zu sein.

Wenn man einen Mangel hat, muss man den Mangel beseitigen und nicht Instrumente für dessen Verwaltung erfinden. Aber darin ist diese Landesregierung ja bekanntlich Meister.

Wohnraumpolitik, die sozial ist, muss mehr tun als einen kleinen Sektor mit Geld zu versehen. Sie muss dafür sorgen, dass sich Menschen den Traum vom Eigenheim leisten können. Eigentum ist Leistungsanreiz, Sicherheit und der Traum vieler Menschen besonders im Land der Häuslebauer. Wir sollten also so bald als möglich einen Freibetrag in der Grunderwerbssteuer einführen und eine schon jetzt mögliche Senkung vornehmen.

Und noch ein paar Sätze zum Stopp der KfW Förderung: Der Stopp der KfW-Förderung hat uns alle nicht gefreut. Das Problem lag aber in der alten Koalition und hauptsächlich bei Minister Altmaier. Die Große Koalition hat mitten in den Sondierungsgesprächen beschlossen, dass man die Förderprogramme Ende Januar auslaufen lässt. Ideen entwickeln, was danach kommt? Übergangsregelungen? Alles Fehlanzeige. Verantwortlich für den unbefriedigenden Zustand war nicht die neue Ampel, sondern die CDU. Sie hat es verschwitzt, ein Monitoring über den Abfluss der Mittel durchzuführen. Die CDU merkt während der Sondierungsgespräche, dass sie nicht mehr an der Macht bleiben wird und was tut sie also? Sie gießt Öl ins Feuer. Und das ist alles andere als gute Politik. Gute Politik ist, Fehler zu erkennen und sie zu korrigieren und dafür bin ich der Ampel und Minister Habeck sehr dankbar.

Wohnen ist eines der zentralen Themen der heutigen Zeit, und das gilt es jetzt zu lösen! Aber was machen Sie? Sie beschäftigen sich mit dem Aufbau eines Ministeriums, das von Anfang an ein Schuss in den Ofen war. Und zu nichts anderem als der Versorgung einzelner Posten vorgesehen war.